

Angela Freimuth MdL
03.12.2009
im Plenum des Landtags



Top 3

Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat ablehnen
Sozialabbau und Investitionsstopp der Länder und Kommunen verhindern

Eilantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/10186

In Verbindung mit:

Soziale Gerechtigkeit statt Klientelpolitik

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/10142

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, um es vorwegzunehmen: Wir werden die Landesregierung darin ausdrücklich unterstützen, dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat zuzustimmen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist keine Überraschung für uns!)

Ich will das auch gerne begründen. FDP und CDU haben in ihrem Koalitionsvertrag in Berlin die Voraussetzung geschaffen, um Wachstum, Bildung, Zusammenhalt – so auch der Titel der Koalitionsvereinbarung – in Deutschland zu verwirklichen. Zentral für die Finanzierung unseres Sozialstaats, des Bildungssystems, aber auch aller weiteren staatlichen Aufgaben ist – darauf ist auch Kollege Weisbrich schon eingegangen – ein stabiles Wachstum. Nur eine wachsende Wirtschaft kann die Ansprüche an unser Staatswesen tatsächlich befriedigen; denn nur durch Wachstum in einer dynamischen und sich ständig weiterentwickelnden Welt kann sichergestellt werden, dass wir Arbeitsplätze bei uns erhalten beziehungsweise wegfallende durch neue ersetzen können.

Meine Damen und Herren, es ist auch in der Wissenschaft unbestritten, dass Steuersenkungen zu Wachstum führen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh!)

Gleiches gilt, jedenfalls bis zu einem gewissen Grad, auch für Investitionen in Bereichen wie Bildung, die das Wachstum fördern. Wir haben schon vorhin darüber gesprochen.

Wir begrüßen es, dass die Regierungsparteien auf Bundesebene mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein ehrgeiziges Sofortprogramm vorgelegt haben, um das zarte Pflänzchen Wachstum, das wir im Moment, Gott sei Dank, ein bisschen erkennen können, zu einem starken Baum werden zu lassen. Wer in diesem Zusammenhang von Steuergeschenken spricht, wie das gelegentlich in der Debatte vorkommt, verkennt aus unserer Sicht zwei Sachverhalte kolossal.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Klientelpolitik!)

– Zu dem Begriff Klientelpolitik komme ich gleich noch zu sprechen. – Zum einen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ja nichts geschenkt, sondern sie dürfen mehr von dem, was ihnen gehört, was sie sich selbst erarbeitet haben ...

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Frau Freimuth!)

– Das wollen Sie doch wohl nicht leugnen. Das können Sie doch nicht allen Ernstes behaupten?

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Aber dann könnten wir die Steuern abschaffen, wenn wir so argumentieren!)

– Meine lieben Kollegen, das ist ja noch viel schlimmer, als ich es befürchtet habe.

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwirtschaften und erarbeiten sich ihr Gehalt. Und Sie sprechen von Geschenken, wenn sie davon etwas mehr behalten können? Was ist das denn für eine Perversion des Denkens?

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Ui! Ein bisschen tiefer!)

Meine Damen und Herren ...

(Die Rednerin kämpft erkältungsbedingt mit ihrer Stimme. – Horst Becker [GRÜNE]: Rhetorisches Selbstmordattentat! – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie sind über Ihre Worte selbst erschrocken!)

– Herr Kollege Becker, das wollen wir uns untereinander lieber nicht wünschen. Das ist kein Frosch im Hals, sondern schon eine ganze Kröte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da haben Sie ja schon in Brüssel die Erste geschluckt!)

Wir haben uns – dafür sind wir gelegentlich von den Kollegen der Opposition in diesem Haus mit freundlichen Kommentierungen bedacht worden – immer für ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem ausgesprochen,

(Jürgen Unruhe [SPD]: Das wäre ein falscher Ansatz!)

und zwar aus der Überzeugung, dass es richtig ist. Es ist wie auch in anderen Bereichen: Die Bürger sind grundsätzlich frei; sie können das, was sie sich erarbeitet haben, grundsätzlich selbst behalten. Es ist ihr Eigentum und der Staat muss in besonderer Weise begründen und den Beweis antreten, warum er ihnen etwas von dem Geld wegnehmen will.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Und wo machen Sie es einfacher?)

Diesen Grundgedanken vermisse ich – und das wird immer offenkundiger – bei Ihnen komplett.

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz Wachstum und Arbeitsplätze schafft. Das ist gerade zum jetzigen Zeitpunkt das vorrangige Interesse und Ziel, diejenigen Arbeitsplätze, die in unserem Land vorhanden sind, zu erhalten und neue zu schaffen. Wir wollen keinen Anstieg der Arbeitslosenzahl; denn das wäre aus unserer Sicht eine wirklich unsoziale Gesellschaft.

Weil vorhin von „Klientelpolitik“ gesprochen wurde – und das finde ich besonders bemerkenswert zum Antrag der Grünen –: Die Förderung von Familien ist Klientelpolitik? Meine Damen und Herren, das, was Sie durch Ihren Antrag erreichen wollen, halte ich wirklich für sehr gewagt. Sie sollten Ihre Einstellung zur Familienpolitik noch einmal überdenken.

Die FDP hat im Wahlkampf gefordert, den Eingangssteuersatz für alle Menschen, also auch für jedes Kind, gleich hoch, auf 8.000 € anzusetzen. In einem ersten Schritt wird der Freibetrag pro Kind auf 7.000 € hochgesetzt. Damit auch alle etwas davon haben, weil wir auch dem Rechnung tragen müssen, dass nicht alle etwas von einer Anhebung des Steuerfreibetrages haben, wird auch das monatliche Kindergeld um 20 € pro Kind erhöht. Als Sie das um 10 € erhöht haben, war das irgendwie die große Wohltat. Wir erhöhen es um 20 €, und es ist ganz plötzlich Klientelpolitik.

(Anke Brunn [SPD]: Und was sagt die Klientel dazu?)

Meine Damen und Herren, das ist keine Klientelpolitik, sondern das ist eine Politik für die Familien in unserem Land.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nur die armen Familien bekommen nichts ab!)

Auch wenn sicherlich niemand auf die Idee kommen wird, wegen 20 € eine Familie zu gründen, so müssen wir doch darauf achten, dass die Wahrnehmung dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe nicht immer unattraktiver wird.

Wenn hier im Antrag von den Begriffen Normalverdiener und Spitzenverdiener geredet wird, dann verkennen Sie einen Sachverhalt völlig. Musste früher der Spitzensteuersatz erst bei dem zwanzigfachen des Durchschnittsverdienstes gezahlt werden, so wird dieser heute durch Inflation, steigendes Einkommensniveau und kalte Progression bereits ab dem 1,9-fachen Satz des Durchschnittseinkommens fällig. Da beziehe ich mich auf die Zahlen vom Bundesfinanzministerium – von Peer Steinbrück selbst und anderen vorgelegt –,

(Horst Becker [GRÜNE]: Ist der immer noch da?)

der das Durchschnittseinkommen mit 27.000 € angegeben hat. Da hat er die Transferempfänger einbezogen.

Meine Damen und Herren, gerade wir wollen die Mitte – Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Angestellte – stützen; denn gerade sie, die das Kernstück unserer Gesellschaft bilden, erarbeiten und erwirtschaften das, was – und Sie noch ein bisschen großzügiger – wir im Umverteilungsstaat überhaupt umverteilen wollen.

Es geht um das große Kapital – das wissen wir alle –, das ist schnell flüchtig, sondern genau diese Mittelschicht ist der Leistungsträger unserer Gesellschaft. Ich denke, es ist auch eine Frage von sozialer Gerechtigkeit, genau das auch einmal festzuhalten.

Vorhin wurde die Erbschaftssteuerreform angesprochen. Sie können mir doch nicht allen Ernstes erzählen, dass die Behandlung von Geschwistern wie Fremde etwas wäre, was mit dem Schutz von Ehe und Familie in Einklang zu bringen ist.

Bei der erbschaftssteuerrechtlichen Behandlung von Unternehmensnachfolgen, liebe Kollegin Brunn, geht es eben darum, dass auch im Erbschaftsfall Unternehmen erhalten und fortgeführt werden können

(Gisela Walsken [SPD]: Genau das können sie jetzt! Sogar steuergünstig! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

und nicht die Nachfolger unverhältnismäßige Belastungen treffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren – das soll meine letzte Bemerkung sein –, Frau Kollegin Löhrmann hat hier die Kommunalfinanzreform angesprochen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich sage ausdrücklich: Die FDP spricht sich seit Jahren für eine kommunale Finanzreform aus,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Keine Drohung!)

die den Namen tatsächlich verdient,

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist gefährlich!)

mit der wir den Kommunen wirklich eine gesicherte beständige finanzielle Grundlage ermöglichen und nicht in Abhängigkeit einer volatilen Gewerbesteuer lassen. Ich wäre sehr froh, wenn wir einmal konstruktiv darüber diskutieren könnten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])